



Inhalt

[Dauderstädt: Subsidiarität ist keine Einbahnstraße+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb rheinland-pfalz: Der Deckel muss weg!+++](#)

[NBB-Landesleitung zu Gast bei Ministerpräsident Stephan Weil+++](#)

[dbb bremen im Gespräch über Übertragung des Tarifergebnisses+++](#)

[Beschäftigte frustriert: Finanzministerium bricht Gespräche](#)

[zur Besoldungsanpassung ab+++](#)

[SBB dringt auf Übernahme des Tarifabschlusses+++](#)

[Verbände fordern gemeinsam gerechte Besoldung in Berlin+++](#)

[Steuer-Gewerkschaft: Groß-Hinterzieher sollen nicht länger](#)

[Strafe entgehen+++](#)

[VBOB-Kritik an Besetzungen im Niebel-Ministerium+++](#)

[vbba: Personalsituation ganzheitlich betrachten+++](#)

[VDR fordert Besoldungsgerechtigkeit für Lehrkräfte+++](#)

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Dauderstädt: Subsidiarität ist keine Einbahnstraße

(dbb) Die EU-Kommission hat Ende April 2013 einen Richtlinienvorschlag veröffentlicht, mit dem sie die Mobilitätsrechte der Arbeitnehmer in der Europäischen Union stärken will. Hintergrund der Initiative sind Fehlinterpretationen und die Nicht-Anwendung europäischen Rechts in zahlreichen Mitgliedstaaten.

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt sieht hier auch die deutsche Verwaltung in der Verantwortung: „Es scheint noch zu viele Fälle zu geben, in denen die Wahrnehmung der Arbeitnehmerfreizügigkeit erschwert wird.“ Wenn geltendes EU-Recht nicht immer korrekt angewandt werde, sei dies allerdings nicht auf die Bediensteten in den einzelnen Behörden zurückzuführen. „Die Kolleginnen und Kollegen sind darauf angewiesen, dass ihre jeweiligen Dienstherren und der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen für eine ordnungsgemäße Anwendung europäischen Rechts schaffen“, so der dbb Bundesvorsitzende am 2. Mai 2013.

Er lege großen Wert darauf, dass die Verwaltungsmitarbeiter ebenso Rechtssicherheit haben wie die Bürger, mit deren Anliegen sie sich auseinandersetzen, so der dbb Chef. „Es ist ja kein böser Wille, wenn Arbeitnehmer aus anderen EU-Staaten vor unzulässige Anforderungen gestellt oder unzureichend über ihre Freizügigkeitsrechte informiert werden.“ In den Verwaltungen werde gewissenhaft Recht angewandt. „Rechtssicherheit wird auch durch Rechtsklarheit bedingt. Dafür zu sorgen, dass Klarheit über geltendes EU-Recht besteht, ist eine politische Aufgabe. Das liegt in der Verantwortung des Gesetzgebers, der Dienstherren und der Behördenleitungen.“
(01/18/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb rheinland-pfalz: Der Deckel muss weg!

(dbb) Begleitend zu den drei mit dbb-Unterstützung erhobenen Musterklagen gegen die fünf gesetzlich festgelegten, inflationsbereinigten Minusrunden in der Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten bis 2016 hat der Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz Landesregierung und Politik erneut aufgefordert, die langfristige Deckelung der Bezügeanpassungen umgehend zu beseitigen.

Während Tarifpersonal im Landesdienst im laufenden Jahr 2,65 Prozent mehr Geld erhält und Arbeitnehmer bei den Kommunen in 2013 insgesamt 2,8 Prozent mehr bekommen, trifft Beamte und Versorgungsempfänger in Rheinland-Pfalz im zweiten Jahr in Folge eine Mini-Erhöhung von einem Prozent, die hinter der Teuerung zurückbleibt und von der in den meisten Fällen wegen anderer Einschnitte faktisch nichts in der Geldbörse der Betroffenen ankommt, hieß es.

dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz sagte: „Es ist unfair, wenn allein die Beamten überproportional belastet werden. Auch im öffentlichen Dienst hängen Erfolg und Zukunftsfähigkeit

von Menschen ab, die gerechte und faire Bedingungen verdienen. Das Personal des öffentlichen Dienstes darf ebenso wenig als reiner Kostenfaktor abqualifiziert werden, wie Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Auch im öffentlichen Dienst wirken demografischer Wandel, drohender Fachkräftemangel und erschwerte Nachwuchsgewinnung. Während für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Landesdienst im März ein tragfähiger Bezahlungskompromiss ausgehandelt werden konnte, muss für die laufende Abkoppelung der Beamten und Versorgungsempfänger von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung gelten: Der Deckel muss weg!“
(02/18/13)

NBB-Landesleitung zu Gast bei Ministerpräsident Stephan Weil

(dbb) Am 30. April 2013 war die Landesleitung des NBB zu Gast beim niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil, dem Chef der Staatskanzlei Jörg Mielke und der Staatssekretärin Birgit Honé.

In dem konstruktiven Meinungs austausch ging es um die Haushaltslage einschließlich der Schuldenbremse, allgemeine Besoldungsfragen und die Übertragung des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen, die von der Landesregierung beabsichtigte Aufgabenkritik und Verwaltungsmodernisierung sowie den demografischen Wandel und seine Auswirkungen, teilte der NBB mit.

Mit Blick auf die Verwaltungsmodernisierung hat die Landesregierung den NBB zu einem konstruktiven Dialog eingeladen. NBB-Landesvorsitzender Friedhelm Schäfer forderte eine sachorientierte Aufgabenkritik. Aufgaben-

kritik ausschließlich zur Haushaltssanierung lehnte er ab.

Im Zusammenhang mit der Übertragung des Tarifergebnisses wies Schäfer auf die Jahresbesoldungshöhe niedersächsischer Beamtinnen und Beamter im Vergleich zu den anderen Ländern und dem Bund hin. Der 15. von 17 Plätzen im Jahr 2012 spreche allein schon dafür, sich nicht für ähnliche Lösungen wie in Nordrhein-Westfalen, Bremen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zu entscheiden.

(03/18/13)

dbb bremen im Gespräch über Übertragung des Tarifergebnisses

(dbb) Zu einem Gespräch über die anstehende Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung ist der Landesvorsitzende des dbb bremen, Jürgen Schröder, am 30. April 2013 mit Bürgermeisterin Karoline Linnert zusammengekommen.

Der Bremer Senat hatte Entscheidungen zur differenzierten Übertragung des Tarifergebnisses des öffentlichen Dienstes auf die Beamtinnen und Beamte getroffen und der Bürgerschaft eine nach Besoldungsstufen und zeitlich gestaffelte Übernahme des Tarifabschlusses in Anlehnung an die Regelungen, die in Nordrhein-Westfalen vorgesehen sind, empfohlen.

Diese Staffelung umfasst eine vollständige, aber auf den 1. Juli 2013 verschobene Übernahme für die Beamten und Versorgungsempfänger bis einschließlich A 10, eine Erhöhung der Bezüge für Beamten und Versorgungsemp-

fänger der Besoldungsgruppen A 11 und A 12 um jeweils 1 Prozent zum 1. Juli 2013 und zum 1. Juli 2014, keine Besoldungserhöhung für die Besoldungsgruppen ab A 13.

Der dbb brachte Argument um Argument gegen eine Übertragung in dieser Form vor, Linnert bezeichnete den eingeschlagenen Weg als nicht umkehrbar. Es solle eine Abkoppelung des höheren Dienstes bei zukünftigen Verhandlungen aber nicht geben, versicherte sie. Am 15. und 16. Mai werde sich die Bremische Bürgerschaft unter anderem mit dem Besoldungsgesetz befassen.

(04/18/13)

Beschäftigte frustriert: Finanzministerium bricht Gespräche zur Besoldungsanpassung ab

(dbb) Die am 15. April 2013 begonnenen Verhandlungen zur Besoldungsanpassung der Landes- und Kommunalbeamten in Mecklenburg-Vorpommern sind vom Finanzministerium einseitig beendet worden. Das Finanzministerium sehe in weiteren Gesprächen keinen Sinn und werde ein Gesetzgebungsverfahren in Gang bringen, hieß es am 3. Mai 2013.

dbb Landeschef Dietmar Knecht zeigte sich betroffen. „Immerhin ist es uns seit 2009 gelungen, die jeweiligen Besoldungsanpassungen gemeinsam mit der Finanzministerin zu veröffentlichen“, sagte er am 3. Mai 2013, „diese Nachricht steigert bei den Landes- und Kommunalbeamten das Frustrationspotenzial gewaltig“.

Der vom Finanzministerium favorisierte Gesetzentwurf sieht für alle Beamten und Versorgungsempfänger zum 1. Juli 2013 eine 2-prozentige Steigerung der Besoldung und einen nachfolgenden Sockel in Höhe von 25

Euro vor. Zum 1. Januar 2014 und 2015 folgen dann Erhöhungsschritte in Höhe von jeweils 2 Prozent. Die Beträge zur Versorgungsrücklage sind bereits abgezogen. „Sollte dieser Gesetzentwurf so den Landtag passieren, bedeutet dies eine Abkopplung der Besoldung von der allgemeinen Tarifentwicklung und deckt in 2013 nicht einmal die Inflationsrate“, kritisierte Knecht. Und kündigte an: „Wir werden mit unseren Mitgliedsorganisationen versuchen, das Gesetzgebungsverfahren positiv zu beeinflussen.“

(05/18/13)

SBB dringt auf Übernahme des Tarifabschlusses

(dbb) Der Beamtenbund und Tarifunion Sachsen (SBB) drängt auf die Übernahme des Tarifabschlusses von Mitte März 2013 auf den Beamtenbereich.

Der SBB forderte am 6. Mai 2013 seine Mitglieder auf, sich dafür im direkten Gespräch mit Landtagsabgeordneten einzusetzen. Es sei eine Missachtung der Beamten-Leistungen, wenn die Übernahme des Abschlusses hinausgezögert werde, erklärte Landesvorsitzender Gerhard Pöschmann.

Der Unmut unter der Beamtenschaft sei berechtigterweise groß, so Pöschmann, „ist dies doch nach der ersatzlosen Streichung der Sonderzahlung ein weiterer Schritt in die falsche Richtung“. Der SBB Beamtenbund und Tarifu-

nion Sachsen rufe deshalb alle Beamtinnen und Beamten dazu auf, die einzelnen Abgeordneten unmittelbar in die Pflicht zu nehmen. „Diese Missachtung unserer Arbeit können wir alle so nicht hinnehmen! Bringt Euren Unmut zu denen, die über die Besoldung der sächsischen Beamten entscheiden! Wendet euch an eure Abgeordneten im Sächsischen Landtag. Ladet sie in die Dienststelle ein oder besucht sie in ihrem Abgeordnetenbüro“, heißt es in dem SBB-Appell.

(06/18/13)

Verbände fordern gemeinsam gerechte Besoldung in Berlin

(dbb) Die Landesverbände des dbb - beamtenbund und tarifunion -, des Deutschen Richterbundes, des Vereins der Berliner Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter sowie die Vereinigung der Berliner Staatsanwälte fordern gemeinsam den Berliner Senat und die Berliner Parteien auf, für eine gerechte Besoldung der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Amtsanwältinnen und Amtsanwälte sowie Beamtinnen und Beamten bis Ende 2017 zu sorgen.

Die Berufsverbände stellen in ihrer gemeinsamen Erklärung eine große Unzufriedenheit bei den Richterinnen und Richtern sowie Beamtinnen und Beamten darüber fest, dass der Senat von Berlin eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der mit den Angestellten am 9. März 2013 vereinbarten Tarifergebnisse verweigert und nichts unternimmt, um den erheblichen Besoldungsabstand zu den anderen Bundesländern bis Ende 2017 abzubauen.

Der Landesvorsitzende des dbb Berlin, Joachim Jetschmann, forderte als Mitunterzeichner der gemeinsamen Erklärung für Besoldungsgerechtigkeit im Land Berlin den Senat von Berlin insbesondere zur Umsetzung der Richtlinien der Regierungspolitik über die Besoldungsperspektive auf.

Die gemeinsamen Forderungen der Berufsverbände sollten auch Thema eines beamtenpolitischen Grundsatzgesprächs des dbb berlin am

6. Mai 2013 mit dem Bürgermeister und Senator für Inneres und Sport, Frank Henkel, sein. (07/18/13)

Steuer-Gewerkschaft: Groß-Hinterzieher sollen nicht länger Strafe entgehen

(dbb) Steuerhinterzieher in Millionenhöhe sollen nach dem Willen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) nicht länger durch Selbstanzeigen einer Haftstrafe entgehen können.

„Wir könnten überlegen, ob wir in Großfällen in Millionenhöhe wie bei Hoeneß die Selbstanzeige abschaffen“, sagte der DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 3. Mai 2013). Es könne nicht sein, dass eine Freiheitsstrafe durch die Selbstanzeige gelöscht werde, so Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, mit Blick auf die Affäre um den langjährigen Bayern-Manager. Hoeneß hatte kürzlich durch eine Selbstanzeige eingeräumt, jahrelang ein Konto in der Schweiz verheimlicht und die fälligen Steuern in Millionenhöhe hinterzogen zu haben.

Eigenthaler regte an, die Frist für Selbstanzeigen zu begrenzen, so dass diese nur noch zwei Jahre nach der Tat akzeptiert würden. Weiter forderte er, Einkommensmillionären „besser auf die Finger“ zu schauen. Härtere Strafen, wie sie im Bundesrat diskutiert wurden, lehnte der Vorsitzende der Steuer-Gewerkschaft aber ab. „Wir haben genug Steuergesetze, die klar formuliert sind“, sagte Eigenthaler. „Die Gerichte müssen die Gesetze nur konsequent anwenden.“ (08/18/13)

VBOB-Kritik an Besetzungen im Niebel-Ministerium

(dbb) In die aktuelle Debatte um die Besetzung von Posten im Bundesentwicklungshilfeministerium von Dirk Niebel hat sich der Verband der Beschäftigten der obersten und obersten Bundesbehörden (VBOB) eingeschaltet.

VBOB-Bundesvorsitzender Hartwig Schmitt-Königsberg sprach im WDR (2. Mai 2013) von einem „beispiellosen Vorgang“. Dieser gehe über das übliche Maß parteinaher Besetzungen in Schlüsselstellen eines Ministeriums weit hinaus.

„Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn politische Beamte oder auch Positionen, die sehr leitungsnahe sind, mit sehr loyalen und politisch nahe stehenden Personen besetzt werden. Nur hier, hier geht’s auf die Referentenebene run-

ter, in einer Größenordnung – so was hab ich in meiner ganzen beruflichen Laufbahn im öffentlichen Dienst nicht erlebt“, so Schmitt-Königsberg. Nachdem die Kritik an der Einstellungspraxis wirkungslos geblieben sei und unverdrossen fortgesetzt werde, so Schmitt-Königsberg weiter, fühlten sich die Mitarbeiter im Ministerium ohnmächtig und zermürbt, „sie resignieren. Und das ist das Schlimmste, was einem Haus passieren kann.“ (09/18/13)

vbba: Personalsituation ganzheitlich betrachten

(dbb) Mit einer Unterschriftenaktion in den Jobcentern hat der Vorstand der Arbeitsgruppe der Jobcenter-Personalräte für viel Aufmerksamkeit gesorgt. Es wurde darin eine Entfristung aller in den Jobcentern befristet Beschäftigten gefordert. Dabei wurden rund

25.000 Unterschriften eingesammelt und per Post an die Bundesministerin Ursula von der Leyen übersandt.

Die Vereinigung der Beschäftigten der Berufs- und Arbeitsmarktdienstleister vbba begrüßte die Forderung nach einem geringeren Befristungsanteil grundsätzlich, denn ein zu hoher Befristungsanteil gehe wegen des wiederholten Einarbeitungsaufwands zu Lasten der Qualität. Für die Betroffenen bedeute die Unsicherheit in der Lebensplanung zudem eine große Belastung.

Gleichwohl sei die Befristungs- und Belastungssituation in den Jobcentern sehr heterogen, erklärte die vbba am 2. Mai 2013 weiter. Die Befristungsanteile schwanken zwischen 1,4 Prozent und 37 Prozent. Bei den Betreuungsschlüsseln im Leistungsbereich liegt die

Schwankungsbreite zwischen 1:71 und 1:168. „Diese Situation erfordert insbesondere unter Berücksichtigung des Personalabbaupfades der Bundesagentur für Arbeit und der daraus resultierenden Überhangproblematik eine ganzheitliche und differenzierte Betrachtung.“

„Die vbba fordert daher, in den betroffenen Jobcentern für einen stabilen Personalkörper zu sorgen. Dies muss auch durch die Entfristung befristeter Kräfte erfolgen, wenn andere Maßnahmen zur Stellenbesetzung zu keinem Ergebnis führen. Die zwangsweise Versetzung von Kolleginnen und Kollegen in Regionen mit Personalbedarf muss vermieden werden.“
(10/18/13)

VDR fordert Besoldungsgerechtigkeit für Lehrkräfte

(dbb) Auf seiner Frühjahrstagung vom 2. bis 4. Mai 2013 in Leipzig hat der Bundesvorstand des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) das wachsende Auseinanderdriften und Abhängen der Lehrerbesehung von der allgemeinen Einkommensentwicklung kritisiert.

„Die jüngste Entwicklung hat gezeigt, dass nach den abgeschlossenen Tarifverhandlungen dieses Frühjahrs einige Länderfinanzministerien mit beachtlichem Erfindungsreichtum versuchen, die getroffenen Vereinbarungen zu verwässern oder gar zu ignorieren“, stellte der Bundesvorsitzende des VDR, Jürgen Böhm, fest. Einzig Bayern und Hamburg hätten tarifliche und besoldungsbezogene Einkommensverbesserungen ohne Wenn und Aber umgesetzt.

Der „kreative“ Umgang einzelner Länder mit den vereinbarten Einkommensverbesserungen reiche von einer zeitlich verschleppten Über-

tragung der Erhöhungen auf die Lehrkräfte über die verfassungsrechtlich bedenkliche Abkoppelung von Lehrkräften in den Besoldungsgruppen ab A 12 bis hin zu bereits angekündigten Novellierungen von Lehrerausbildungsgängen in den Ländern. „Gerade mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz zeigt sich eine Geringschätzung einzelner Landesregierungen für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen“, so die Kritik des VDR-Bundesvorsitzenden.
(11/18/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Zu seinem Landesgewerkschaftstag 2013 kommt der **dbb berlin** am 15. Mai 2013 zusammen. Das Tagungsmotto: „Solidarisch handeln. Verantwortlich mitbestimmen und gestalten“. Das gewerkschaftspolitische Hauptthema werden die Besoldungs- und Versorgungsanpassungen bis Ende 2017 für die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin sein, kündigte der dbb-Landesbund weiter an.

Der diesjährige Hauptausschuss des Bayerischen Beamtenbundes wird ganz im Zeichen der im Herbst stattfindenden Wahlen auf Bundes- und Landesebene stehen. Wie der **BBB** am 8. Mai 2013 mitteilte, soll es dabei vor allem darum gehen, was sich im öffentlichen Dienst im letzten Jahr getan hat, welche Er-

wartungen die Beschäftigten an die zukünftige Politik haben und wo die Parteien die Schwerpunkte der kommenden Jahre sehen. Erstmals wird ein Preis für den herausragenden Einsatz für den öffentlichen Dienst verliehen. Rund 200 Delegierte aller 54 im BBB zusammengeschlossenen Fachgewerkschaften werden am 15. Mai in München zusammenkommen, um an der Sitzung des höchsten Beschlussgremiums zwischen den im Fünfjahresabstand stattfindenden Delegiertentagen teilzunehmen.

Statt externe Berater teuer zu honorieren, sollte die Schweriner Landesregierung häufiger den Fähigkeiten der eigenen Beamten trauen. Das hat der dbb mecklenburg-vorpommern angesichts der hohen Summen gefordert, die die Ministerien für Gutachter ausgeben. „Die Minister sollten häufiger prüfen, ob ihre Mitarbeiter die Aufgaben nicht selbst bewältigen können“, sagte der dbb-Landeschef **Dietmar Knecht** der „Schweriner Volkszeitung“ (Ausgabe vom 3. Mai 2013). Die Landesregierung hatte in der Antwort auf eine Kleine Anfrage zahlreiche Fälle einräumen müssen, in denen das eigene Personal nicht ausreichte, es überfordert war oder aber seinem Sachverstand seitens der Minister nicht ohne zusätzliche Absicherung durch teure Berater getraut wurde. Der dbb-Landesvorsitzende machte deutlich, dass die Landesregierung durch den Personalabbau den verbliebenen Mitarbeitern immer mehr aufbürdet. Es seien jedoch genügend voll ausgebildete Juristen unter den Beamten, die auch schwierige Rechtsfälle bearbeiten können, so Knecht.

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion wird am 29. Juni 2013 mit einem Protestmarsch durch die Stuttgarter Innenstadt und einer Großkundgebung vor dem Stuttgarter Schauspielhaus auf die erneuten Sparmaßnahmen der Landesregierung im Beamten- und Versorgungsbereich reagieren. „Wir erwarten mehrere Tausend Teilnehmer“, sagte BBW-Chef und dbb Vize **Volker Stich** am 7. Mai 2013. Mit der Protestaktion unterstreicht der BBW noch einmal seine Forderung nach einer Korrektur des Regierungsbeschlusses zur Anpassung von Besoldung und Versorgung. Nach wie vor seien Zorn und Empörung der Beamten und Versorgungsempfänger riesengroß. Das gehe durch alle Gehaltsstufen, versicherte der Landesvorsitzende des BBW. Sehr viele Beamte und Pensionäre wollten ihrem Ärger Luft machen und deshalb gehe man auch auf die Straße, sagte Stich.

Was in keinem Unternehmen und keiner Behörde denkbar ist, für Lehrer ist es Alltag: Dienstreisen, zumindest Klassenfahrten, werden aus eigener Tasche bezahlt. Erst wenn Lehrer klagen, werden solche Regelungen gekippt. Dass Lehrer von ihren Landesregierungen zur Kasse gebeten werden, sei eher die Regel als die Ausnahme, sagte **Heinz-Peter Meidinger**, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), n-tv.de (29. April 2013). „Grundsätzlich gab und gibt es in vielen Bundesländern zumindest den moralischen Druck, die eigenen Reisekosten bei einer Klassenfahrt selbst zu zahlen.“ Meidinger, Direktor eines Gymnasiums in Deggendorf, stehen für Klassenfahrten rund 5.000 Euro pro Schuljahr zur Verfügung. Nötig wären Mittel in doppelter Höhe, sagte er. Um die Lücke zu füllen, springen nach wie vor Lehrer ein. „Es gibt Kollegen, die ihre eigenen Reisekosten kleinrechnen“, so Meidinger. Einen Stopp für Klassenfahrten wie in Brandenburg hält Meidinger für den falschen Weg, denn damit würden die Schüler bestraft. Alle Fahrten, die schulischen Zwecken dienen, müssten auch durchgeführt werden können, forderte er. „Es muss endlich Schluss damit sein, dass der Idealismus von Lehrkräften von den Landesregierungen schamlos ausgenutzt wird.“

Mit der Johann-Peter-Frank-Medaille des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V. (BVÖGD) wurde beim Bundeskongress in Berlin Dr. med. **Claudia Kuhnhen** ausgezeichnet. Sie hat sich um den Öffentlichen Gesundheitsdienst und um das öffentliche Gesundheitswesen in Deutschland besonders verdient gemacht, teilte der BVÖGD mit. Laudator Dr. Klaus Walter (Aalen) umschrieb das außergewöhnliche Engagement von Dr. Kuhnhen in Beruf, Ehrenamt und sozialem Einsatz mit den Begriffen: innovativ, engagiert und nachhaltig. Sie sei als Leiterin des Gesundheitsamtes, jetzt Fachbereich Gesundheit, des Landkreises Marburg-Biedenkopf von 1983 bis 2009 außerordentlich innovativ und erfolgreich gewesen und wegweisende Entwicklungen im Öffentlichen Gesundheitsdienst angestoßen.

Am 6. Mai 2013 hat der ehemalige Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Dr. h.c. **Wilhelm Ebert**, seinen 90. Geburtstag begangen. Ebert war von 1979 bis 1993 Bundesvorsitzender des VBE und gehörte 1974 zu den Gründervätern des Bundesverbandes. VBE-

Bundesvorsitzender Udo Beckmann würdigte den Jubilar als „leidenschaftlichen Pädagogen“. Stets habe er sich für die gesellschaftliche Wertschätzung des Lehrerberufs, für die gewerkschaftliche Mitwirkung der Lehrerinnen und Lehrer, für eine gerechte Bezahlung und für eine demokratische Erziehungsschule eingesetzt. Hoch anerkannt sei sein Engagement für eine universitäre Lehrerbildung, um allen Lehrerinnen und Lehrern eine wissenschaftlich fundierte und berufsspezifische Ausbildung zu eröffnen. „Den Verband Bildung und Erziehung hat Wilhelm Ebert dauerhaft geprägt und ebenso bedeutsam ist bis zum heutigen Tag sein Engagement für eine starke und solidarische Weltlehrerbewegung“, so Beckmann. (12/18/13)